

Annoucen-  
Annahme-Bureau.  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilhelmstr. 17)  
bei C. F. Altrici & Co.  
Breitestraße 14.  
in Gnesen bei Th. Spindler,  
in Grätz bei F. Streifand,  
in Leseritz bei Ph. Matthias.

# Posener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Annoucen-  
Annahme-Bureau.  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien:  
bei C. F. Daube & Co.,  
Haaftenstein & Vogler,  
Rudolph Mosse.  
In Berlin, Dresden, Grätz  
beim „Invalidentank“.

Ar. 559.

Donnerstag, 12. August.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaßene Petitzeile ober deren  
Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die  
Expedition zu senden und werden für die am fol-  
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis  
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal er-  
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt  
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Preußen 5 Mark 45 Pf.  
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-  
schen Reiches an.

## Der Kulturkampf in Belgien.

I.

Inmitten des Jubels und der Begeisterung, wie sie durch das Nationalfest der nunmehr 50jährigen staatlichen Selbständigkeit Belgiens hervorgerufen sind, tönt von Zeit zu Zeit ein greller Schlachtruf, laut und weithin vernehmbar verkündend, daß der große Kampf um die Kultur in unserm kleinen Nachbarstaate keine Unterbrechung erfahren hat. In den Kammern ist es das gesprochene, in „eigenhändigen Briefen“ des Papstes das geschriebene Wort, das Zeugniß ablegt von der Unablässigkeit und der Leidenschaft des Ringens. Für uns Deutsche namentlich ist das grandiose weltgeschichtliche Schauspiel von tiefgreifendem Interesse, da wir unser eigenes Schicksal, unser Streben und Streiten, wenn auch in veränderter Gestalt, doch dem Wesen nach zum Theil wieder erneut vor unsern Augen sehen.

Vor fünfzig Jahren ist es das Bündniß zwischen Liberalen und Klerikalen gewesen, das die Abschüttelung des Joches der Holländer, die Schaffung eines selbständigen Königreiches Belgien ermöglichte. Dem Vatikan konveniente damals diese Allianz — garantierte sie ihm doch vorläufig die Unterwerfung der südlichen Niederlande unter den Krummstab.

Je mehr aber der zweite Partner, der Liberalismus, in der natürlichen Entwicklung der modernen Staatsausgestaltung erstarkte, um so mehr gewannen alle aus ihm resultirenden treibenden Kräfte in dem Organismus die Oberhand und drängten folgerichtig den einstigen Verbündeten allmählig zurück. Mehr zum Zwecke eigener Ausbeutung, denn aus prinzipiellem Zugeständniß hatte man dem jungen Königreich eine freisinnige Landesverfassung und die sozialen und volkswirtschaftlichen Vorbedingungen materiellen Aufschwungs zugebilligt. Diese Vortheile mußten mit Nothwendigkeit je länger, je mehr dem Liberalismus zu Gute kommen und so auch mit der Zeit langsam aber stetig in ihm der Drang wachsen, auch seine höchste und wichtigste Programmforderung zur Wahrheit zu machen, die Forträumung aller einengenden Schranken der Geistes- und Seelenfreiheit.

Es war die innere Kraft der modernen Ideen selbst, die zu dem großen sich entwickelnden Kampfe dem kleinen Volke Muth, Entschlossenheit und nachhaltig wirkende Widerstandsgewalt verliehen. Offen warf man dem vom Vatikan inspirirten Klerus den Fehdehandschuh hin, denn endlich drückte des Joches Schwere und — abgeschüttelt will es sein.

Che der Kampf losbrach, mußten aber zwei Vorbedingungen gegeben sein: einerseits durfte keine Bedrohung durch fremde Eroberungslust als akute Gefahr mehr zu befürchten sein — denn die nationale Unabhängigkeit war für beide Theile das höchste Gesetz. Andererseits mußten womöglich mit dem belgischen Staate gemeinsam und in gleicher Linie noch andere Mächte den gleichen Gegner bekämpfen. Beide Vorbedingungen sind erfüllt — der Fall des Napoleonismus und die Aufrichtung des deutschen Reiches ist die beste Bürgschaft dafür, daß keine frevelhafte Hand sich findet, die, nach dem Raube flandrischer Schätze lüstern, sich zu erheben magt. Und jenseits des Rheins hat sich die stammverwandte Nation zu gleichem Streit erhoben und bekämpft geschlossen — Rücken an Rücken — denselben Feind. Die Chancen in diesem Ringen sind demnach so günstig, wie sie in Jahrhunderten nicht zum zweiten Mal kommen können.

Nach dem ewig wahren Grundsatz „Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft“, sind es die Volksschule und die höheren Unterrichtsanstalten, die zunächst den Boden für den Kampf abgeben müssen. Durch die eigene Gesetzgebung hat der Staat, sobald durch die Wahlen von 1878 und durch das hierbei ans Ruder gelangte Ministerium Frère-Orban den Liberalen die Herrschaft überantwortet war, den verhängnißvollen Einfluß des Klerus aus dem öffentlichen Unterricht herausgedrängt und zieht bereits in ernste Erwägung, ob nicht jede staatliche Subvention der Geislichkeit einzustellen sei — unbeirrt durch alle leidenschaftlichen und verkehrten Proteste der Hierarchie. Der maßlose Uebereifer der letzteren, der theilweise in aufrührerischen demagogischen Worten und Thaten gipfelte — verbunden mit der Doppelzüngigkeit der vatikanischen Diplomatie — die offen das Verhalten der Bischöfe zu mißbilligen schien, während sie in geheimen Instruktionen dasselbe lobte und zum Fortfahren anspornte, hat es denn endlich so weit gebracht, daß der belgische Staat um seiner Ehre und Würde willen die gesammten diplomatischen Verbindungen mit dem römischen Stuhle abgebrochen hat. Hierdurch gestaltete sich die Krisis zu einer hochgradigen, die, in mehr als einer Hinsicht einem früheren Stadium des deutschen Kulturkampfes ähnlich, unser besonderes Interesse erweckt und einer demnächstigen spezielleren Beleuchtung bedarf.

[Der Liberalismus und das kirchliche Leben.] Zu den immer wiederkehrenden Vorwürfen aus Klerikalen und konservativen Kreisen gegen den Liberalismus gehört auch sein angebliches Bündniß mit den kirchlichen Parteien, welche den Boden des Christenthums verlassen hätten und das Volk der Kirche zu entfremden suchten. Der Liberalismus als solcher ist aber mit keiner kirchlichen Partei verbunden, sondern nur bestrebt, die Beherrschung und Ausbeutung des Staates durch extreme kirchliche Richtungen jedes Bekenntnisses zu verhindern. Wie wenig aber in der That freiere kirchliche Anschauungen das Volk der Kirche entfremden, beweist, wie die „Nat.-Lib. Kor.“ hervorhebt, aufs Glänzendste der diesjährige Synodalbescheid des badischen Oberkirchenraths. Derselbe zeigt, daß es sich bei dem Nothschrei aus Baden, der von Zeit zu Zeit in den Spalten der „Kreuzzeitung“ und ähnlicher Blätter ertönt, doch eigentlich mehr um Geißel als um Noth handelt, daß in dem „Musterlande des kirchlichen und politischen Liberalismus“ nach vieljähriger Herrschaft desselben ein reiches kirchliches Leben blüht. Aus dem reichen statistischen Material mögen folgende Einzelheiten Erwähnung finden: Nach der an einem Sonntage zwischen Ostern und Pfingsten durch das ganze Land hin vorgenommenen Zählung wurden im Jahre 1879 die Hauptgottesdienste von 28,4 pCt. der evangelischen Gesamtbevölkerung besucht. Die Zahl der Abendmahlsgäste betrug 55,2 pCt. Wenn die verwüdete badische Kirche schon so günstige Zahlen aufweist, wie herrlich muß es dann erst in den vom Liberalismus unangefressenen norddeutschen Provinzialkirchen — etwa in dem glaubenseinigem Pommern — stehen! Es wäre jedenfalls interessant, hierüber einmal etwas Näheres zu erfahren. — Aus der Kirchlichkeitsstatistik der einzelnen badischen Diözesen seien hier nur die höchsten und die niedrigsten Zahlen angeführt. Unter den ländlichen Kirchenkreisen steht oben an Vorberg mit 52,4 pCt. Kirchenbesuchern und 83,1 pCt. Kommunikanten, zu unterst Schoppsheim mit 22,2 und 45,7 pCt. Unter den Diözesen, welche größere Städte in sich schließen, finden wir Freiburg mit 30,1 und 47,2 pCt. verzeichnet, während Heidelberg-Mannheim nur 7,8 und 19,8 pCt. aufweist. Da in Baden die Civilehe schon 1869 eingeführt wurde, müßte es nach den steten Klagen ultramontaner und konservativer Blätter dort um die kirchlichen Trauungen, Tausen und Begräbnisse besonders übel bestellt sein; indessen beweist die Statistik der kirchlichen Amtshandlungen entschieden das Gegentheil. Getauft wurden 98 pCt. der Geborenen, — also wohl alle, die nicht gleich in den ersten Tagen oder Wochen gestorben sind. Die kirchliche Trauung begehrten 97,8 pCt. evangelischer Paare und (in einem zu zwei Dritteln katholischen Lande!) 85 pCt. konfessionell gemischter Paare. Mit geistlicher Begleitung beistattet wurden 99,3 pCt. der Gestorbenen. Ueber die Betheiligung an den kirchlichen Liebeswerken sei nur erwähnt, daß von je hundert badischen Gemeinden dreiundneunzig für den Gustav-Adolf-Verein und dreiundachtzig für Missionszwecke beisteuern. Wie kürzlich nachgewiesen wurde, hat sich auch der durch Berlin wesentlich herabgedrückte Prozentsatz kirchlicher Amtshandlungen in der Provinz Brandenburg in den letzten Jahren gehoben; wenngleich er trotz der Herrschaft der Orthodoxie in der Mehrzahl der Gemeinden auch außerhalb Berlins — bei den Tausen z. B. im Regierungsbezirk Potsdam ca. 89, im Regierungsbezirk Frankfurt ca. 95 pCt. — hinter dem kirchlich freisinnigen Baden zurückbleibt. Da übrigens die Geistlichen dieser Richtung in Berlin nur eine kleine Minorität sind, so haben sie die „kirchliche Verödung“ der Hauptstadt, die freilich stark übertrieben wird, gewiß nicht verschuldet.

[Die Ernte-Kalamitäten in Posen und Westpreußen.] Von allen Seiten wird gemeldet, daß das Regenwetter, welches in einem großen Theile des östlichen Europas Verheerungen angerichtet, in Posen sowohl wie in Westpreußen den Landwirthen enormen, noch gar nicht zu schätzenden Schaden gebracht hat. Dieser Schaden ist unendlich größer als der durch die Maiströme verursachte. Der durch letztern etwa um ein Drittel geschädigte Roggen ist heute, wenigstens in Westpreußen, kaum zur Hälfte geborgen und der Rest völligen Verderben ausgesetzt. Das Stroh wird als Futter ganz unbrauchbar, die Körner verderben theils völlig, theils werden sie zur wichtigsten Verwendung, der Brotbereitung, unbrauchbar. Der Weizen ist durch die Regengüsse niedergeschlagen und wächst auf dem Halme aus, wo er nicht schon gemäht und in ähnlichem Zustande ist, wie der Roggen. Auch die Gerste ist zum großen Theil vor länger als vier Wochen gemäht und ausgewachsen. Von Getreide ist also bis jetzt nur noch der Hafer unbeschädigt, welcher fast nur zum Futter, wenig zum Verkauf gebaut wird. Der Rübsen hat weniger als die Hälfte des Durchschnittsertrages gebracht. Auf den Kartoffelfeldern ist überall die Krankheit ausgebrochen, baldiges Abtrocknen der Blätter und in Folge davon eine geringe Ernte in sicherer Aussicht, wenn nicht die wenigen

Knollen noch in der Erde verfaulen. Ein trauriges Jahr steht den Landwirthen bevor.

Bei dieser großen Kalamität muß man sich — so schreibt ein angesehenes Landwirth aus Westpreußen an die „Danj. Ztg.“ — fragen, ob nichts geschehen kann, um das Schwere dieser Lage zu mildern. Eine direkte Hilfe darf der Staat nur leisten, wo eine wirkliche Hungersnoth zu befürchten ist. Wohl aber könnte er darauf verzichten, in solchen Zeiten ungewöhnliche Lasten aufzulegen, und als solche sind anzusehen die Einquartierungen bei Gelegenheit des in diesem Herbst bevorstehenden Divisionsmanövers. Dasselbe soll dem Vernehmen nach zwischen Dirschau und Graudenz abgehalten werden, einer Gegend, welche, wenn auch nicht gerade mehr als andere, so doch sehr bedeutend durch die Unbilden des Regenwetters zu leiden hat. Die Mehrzahl der hier gelegenen Wirtschaften, kleinere wie größere, wird etwa die Hälfte ihres Erntewerthes verloren haben, so daß ein großer Ausfall in den Wirtschaftseinnahmen zu erwarten ist. Die nächste Folge davon muß die alleräußerste Sparsamkeit sein für jeden, der ohne Gefahr dieses böse Jahr durchhalten will. Deshalb würde gerade in diesem Jahr die Einquartierung eine schwere Last sein, welche ganz besonders schwer die bäuerlichen Besitzer bedrückten würde. Es wäre deshalb dringend zu wünschen, daß unsere Verwaltungsbehörden in ernster Erwägung ziehen möchten, ob es nicht angezeigt wäre, die Aufhebung des Manövers in diesem Jahre zu beantragen. Denn, so wichtig dieselben auch für die Ausbildung unserer Armee sind, darf doch die Frage nicht außer Acht gelassen werden, ob unter so drückenden wirtschaftlichen Verhältnissen eine außergewöhnliche Belastung der Bevölkerung zu verantworten wäre.

Man kann dieser Anregung des Landwirths nur durchweg beitreten und derselben die verdiente Beachtung an maßgebender Stelle wünschen.

## Deutschland.

+ Berlin, 10. August. [Das Projekt einer Konvertirung der preussischen Anleihen. Die Kreisordnung für Hannover.] In Regierungskreisen trägt man sich, wie versichert wird, mit dem Plane einer umfangreichen Kündigung aller derjenigen Prioritäts-Anleihen, welche von den neuerdings verstaatlichten Eisenbahnen negociirt worden sind, und was noch wichtiger scheint, mit dem Plane, in Verbindung hiermit dreiprozentige Konsols auszugeben. Es ist bekannt, daß man schon vor längeren Jahren die Absicht hatte, die preussischen Staatspapiere in der Form von dreiprozentigen Titres auszugeben, und daß damals namentlich zu Gunsten dessen geltend gemacht wurde, daß ein solches Papier, da man auch in Frankreich und England dreiprozentige Rentenpapiere hat, leicht einen internationalen Charakter erhalten würde, wie eben deshalb diese dreiprozentigen preussischen Konsols sehr willig genommen und auch große Chancen der Steigerung bieten würden; es scheiterte die Ausführung aber damals an dem entschiedenen Widerspruch des Finanzministers Camphausen, der einen vierprozentigen Zinsfuß als allein den deutschen Verhältnissen entsprechend bezeichnete und eine Emission eines Staatspapiers wesentlich unter Pari nicht für angemessen erachtete. Wie gesagt, der damals gescheiterte Plan ist neuerdings wieder aufgenommen und unterliegt eben jetzt der Berathung in Verbindung mit der Umwandlung der Prioritäten verstaatlichter Eisenbahnen. Es läßt sich zu Gunsten des Planes vielerlei anführen, und es werden die Gesichtspunkte im Einzelnen zu erörtern sein, sobald der Plan der Verwirklichung ein wenig näher gerückt ist, wobei wir nur vorweg bemerken wollen, daß irgend eine gesetzliche Bestimmung, welche erst befeitigt werden müßte, zu Gunsten einer Ausgabe ausschließlich 4prozentiger Staatspapiere nicht existirt. — Wenn auch die Ausdehnung der Kreisordnung von 1872 auf die Provinz Hannover sich leichter vollziehen lassen wird, als die Einführung der Kreisordnung in Posen, so sind doch für Hannover manche nicht unbedeutende Schwierigkeiten zu überwinden. Bekanntlich zerfällt Hannover in Aemter und selbständige Städte. Die Selbständigkeit der letzteren richtet sich nach historischen Verhältnissen. Wie der Abg. Silers während der letzten Landtagsession im Abgeordnetenhaus darlegte, waren die Aemter nicht nur administrative Bezirke, sondern auch kommunale Einheiten. Unter ihnen standen die Landdrosteien, die ausschließlich administrative Bezirke waren. Für weitere Zwecke bestanden die Landschaften, ein Mittelglied zwischen Provinzen und Kreisen. An der Spitze der Aemter stand ein auf Lebenszeit eingesetzter königl. Beamter, neben demselben zur Vertretung der kommunalen Interessen eine Amtsvertretung, gebildet aus den Gemeindevorstehern und zu einem Drittel aus gewählten Personen. Die Kompetenz der Aemter war eine sehr ausgedehnte, es lagen ihnen sämtliche Geschäfte der Polizei und Administration in erster Instanz ob. Die zweite Instanz für Kommunal- und Polizeisachen waren die Landdrosteien, kollegialisch zusammengesetzt. Daneben waren besondere Instanzen für Steuerfachen z. vorhanden. Durch die preussische Annexion wurden die Kreise eingeführt. Die Regierung wünschte die Amtsordnung zu beseitigen und durch die Kreisordnung zu ersetzen, aber die Vertrauensmänner aus der Provinz wünschten die Amtsordnung beizubehalten. Schließlich erklärte die Regierung, nur für alle Polizei- und Kommunsachen und nicht auch für die Militär- und Steuerfachen die

Amtsordnung bestehen lassen zu wollen. So ist in Hannover in der Hand einer bürokratischen Behörde die administrative und polizeiliche Verwaltung vereinigt. Dadurch wird zwar eine kräftige Exekution ermöglicht, aber es besteht der schroffe Gegensatz zur Selbstverwaltung. Eine Hauptschwierigkeit, die sich der Ausdehnung der Kreisordnung für die östlichen Provinzen auf die Provinz Hannover entgegenstellt, besteht darin, daß die bis jetzt vollständig getrennten Städte und Landgemeindeglieder zu Kreisverwaltungsverbänden erst vereinigt werden müssen.

[Aus Kissingen] wird der „N.-Z.“ geschrieben: „Der Botschafter Graf Münster hatte schon mehrfach mit dem Reichskanzler Besprechungen, war auch vor einigen Tagen mit dem Präsidenten der Regierung von Unterfranken, Grafen Lurzburg, Tischgast des Fürsten. Am Freitag Abend war der Fürst mit der Fürstin und dem Grafen Herbert Abends im Kurgarten; dagegen hat er sich zu den Konzerten stets fern gehalten. Die Zahl der Kurgäste hat trotz des anhaltenden Regenwetters 9500 überschritten; zu den in letzter Zeit angekommenen gehört auch der Präsident des Reichsinvalidenfonds Dr. Michaelis und Gemahlin.“

[Fürst Bis marck] hat nicht bloß gegen die hamburger „Reform“, sondern auch gegen das Mitglied des Vorstandes der hamburger Fortschrittspartei, den Rechtsanwalt Dr. Wer, eine Anklage auf Beleidigung erheben lassen. Dr. Wer hatte vor einigen Wochen in der konstituierenden Versammlung der genannten Partei das Verfahren des Reichskanzlers in der Zollfrage gegen Hamburg einer scharfen Kritik unterzogen.

[Abjendung von Kommissarien nach Oberschlesien.] In Folge der bei der Regierung eingelaufenen Berichte über die großen Verheerungen, welche die jüngste Ueberschwemmung in Oberschlesien angerichtet hat, werden einige Kommissarien behufs genauer Prüfung der Verhältnisse an Ort und Stelle gesendet werden. Die Ueberzeugung ist eine allgemeine, daß der Staat mit seinen Mitteln hier wird einzuspringen haben. Man kann deshalb einer zweiten Nothstands vorlage entgegensehen.

[Die Bauausführung des Nord-Ostsee-Kanals.] welche, weil dieselben Häuser, von denen die Bildung der Südbsee-Gesellschaft ausgegangen war, als die finanziellen Träger dieses Unternehmens angesehen wurden, längere Zeit allgemein als in Rückwirkung der Ablehnung der Samoa-Vorlage verlagert oder fallen gelassen erachtet wurde, wird im Gegenteil neuerdings als so weit vorgeschritten bezeichnet, daß, nachdem alle die erforderlichen Vorermittelungen und Vorarbeiten nahezu bereits ihrem Abschluß zugeführt worden sind, vielleicht in diesem Herbst noch der spezielle Bauplan wird festgestellt werden können. Diese für die gesammte deutsche Marineentwicklung so hochwichtige Angelegenheit würde dann mit Abschluß auch des Bauplans in das Stadium eingetreten sein, wo zunächst die deutsche Regierung, und anschließend der deutsche Reichstag, Stellung zu derselben nehmen müssen. Der Versuch, diesem Kanalbau-Unternehmen durch ein zweites Pro-

jekt, das die Kanallinie Kiel-Blüchstadt einhalten sollte, eine Konkurrenz zu bieten, kann als gescheitert erachtet werden.

[Von der Marine.] Nachdem jetzt der Flotten-Gründungsplan im Wesentlichen als ausgeführt anzusehen ist, wird der nächstjährige Etat des Reichs verhältnismäßig nur geringe Summen für außerordentliche Aufwendungen zu Gunsten unserer maritimen Ausrüstung fordern. Indessen erhält sich das Gerücht, daß für Küstenbefestigungen ein größerer Posten eingestellt werden soll. Namentlich ist eine verstärkte Armirung von Pillau zur Dedung Königsbergs, und eine Befestigung des vorzüglichen wismarer Hafens, der durch seine Tiefe den größten Panzerfahrzeugen die Annäherung gestattet, in Aussicht genommen. Wenn in einigen Blättern sich die Nachricht findet, dieser letztere Plan dürfe wohl aus Rücksicht auf Schweden nicht zur Ausführung gelangen, welches einen Einspruch dagegen erheben könnte, da nach dem 1803 von diesem Staate mit Mecklenburg abgeschlossenen Vertrage die Stadt Wismar immer wieder von ersterem zurückerworben werden könnte, so hat das wohl nur ein antiquarisches Interesse und ein solches der Kuriosität. Thatsächlich wird Niemand in Ernst daran denken, daß solche pergamentenen Rechte je geltend gemacht werden könnten. Es mag interessiren, zu erfahren, daß die letzteren sich aus einem Erbchaftsrezeß des „Herzogs“ von Mecklenburg vom Jahre 1803 und aus einem am 26. Juni desselben Jahres zwischen Mecklenburg und Schweden in Malmo abgeschlossenen Vertrage herleiten. Kraft dieses Vertrages trat der König von Schweden an den Herzog von Mecklenburg-Schwerin, unter dem Titel einer „Verpfändung“ und gegen Erlegung einer Summe von 1,250,000 hamburger Bankthaler auf 100 Jahre das Nutznießungsrecht der Stadt und Herrschaft Wismar und der Lemter Poel und Neuflöser ab. Es ist selbstverständlich, daß dies nichts als eine staatsrechtliche Formalität war, die mit ewiger Ueberlassung gleichbedeutend ist.

[Zur Erhöhung der Gehälter von Verwaltungsbeamten.] Wenn es sich bestätigt, daß die Regierung eine Erhöhung der Beamtengehälter auch im Verwaltungsressort in Aussicht genommen hat, so ist, wie die „Trib.“ meint, doch noch sehr die Frage, ob damit schon in der nächsten Landtagession vorgegangen werden und mit der Kategorie der Landräthe der Anfang gemacht werden soll. Man wird sich erinnern, daß die Finanzverwaltung bislang genöthigt war, durch die finanzielle Situation die Erhöhung der Beamtengehälter auf die Richter zu beschränken. Es haben neuere Erwägungen allerdings stattgefunden, allein, soweit wir in Erfahrung bringen konnten, noch nicht zu Resultaten geführt.

[Revision der Militär-Strafprozess-Ordnung.] Man erinnert sich noch, daß vor etwa zwei Jahren zu Berlin eine Kommission zusammengetreten war, welche den Zweck hatte, eine Uebereinstimmung der Militär-Justizgesetzgebung mit den neuen Reichs-Justizgesetzen herbeizuführen. Die Kommission arbeitete unter dem Vorsitz des kommandirenden Generals vom 3. Armeecorps, General v. Schwarzhoff. Der

damals bearbeitete Entwurf einer Militär-Strafprozess-Ordnung fand nicht die Allerhöchste Genehmigung, und so ist denn jetzt abermals eine neue Kommission unter demselben Präsidat berufen worden. Als Mitglieder fungiren General-Lieutenant Freiherr v. Loe, Kommandeur der 5. Division, General Freiherr v. Hülffes, General v. Schlichting, Oberlieutenant v. Winterfeld, als Referent Geheimer Justizrath Gooß. Wie man hört, soll die Kommission sich gutachtlich über einen vom General-Auditeur der Armee, Wirl. Geheimen Ober-Justizrath Deggeläcker vorgelegten Entwurf äußern.

[Durchgesetzte Beschwerde über konfessionelle Gehässigkeit.] Bei Gelegenheit des Jubiläums des kommandirenden Generals des 6. Armeecorps, General v. Tümping, kam folgende auffallende Thatsache an die Oeffentlichkeit. Ein Wiener sandte bei dieser Veranlassung an den ihm bekannten General ein Gratulations-Telegramm unter der Adresse „An den Feldmarschall v. T.“, erhielt dasselbe aber von Breslau als „unbestellbar“ zurück und erhielt auf seine Erkundigung nach dem Grunde wieder von Breslau die telegraphische Antwort, das Telegramm sei unbestellbar, weil die Nachricht von der Ernennung des Jubilars zum Feldmarschall durch die „Judenpresse“ erfunden sei. Da die „Schlesische Presse“ diese, allerdings unrichtige, Nachricht gebracht, führte sie über den betreffenden breslauer Telegraphenbeamten Beschwerde und hat auf diese jetzt seitens der Ober-Postdirektion in Breslau folgende Antwort erhalten:

„Ew. Wohlgeboren verziehe ich nicht, im Anschluß an mein gestriges Schreiben III 7861 ganz ergebenst mitzutheilen, daß nach dem Ergebnisse der angestellten Ermittlungen der Ausdruck „Judenpresse“ von dem hiesigen Telegraphen-Amte in einem amtlichen Telegramm nicht angewendet worden ist. Dagegen hat sich zu meinem lebhaften Bedauern ein Beamter des genannten Amtes verleben lassen, sich dieses Wortes gelegentlich eines mit einem Wiener Beamten am Apparat geführten Gesprächs zu bedienen, welches den Zweck hatte, das letztere Amt darüber aufzuklären, aus welchen Gründen hier von der Bestellung des fraglichen Telegramms Abstand genommen werde. Diese Erörterungen wurden von dem hiesigen Beamten nicht in der Absicht geführt, sie ihrem Wortlaute nach dem Telegramm-Ausgeber mitzutheilen; anderenfalls würde derselbe nach seiner Versicherung in der Wahl seiner Worte vorfichtiger gewesen sein. Der Betreffende ist von mir nicht allein wegen des bezeichneten höchst unpassenden Ausdrucks, sondern auch, weil er, den bestehenden Vorschriften zuwider, dienstliche Angelegenheiten durch ein Privatgespräch erledigt hat, statt sich der vorgeschriebenen Form der Amts-Telegramme zu bedienen, mit einem ernstlichen Verweise bestraft worden.“

Die „Schles. Presse“ knüpft hieran die Frage, wie es möglich sei, daß selbst im außeramtlichen Verkehr eine derartige Aeußerung gethan werden könne, die als eine flagrante Verletzung der guten Sitte und der allen Staatsbürgern und jeder Klasse gebührenden Achtung und Rücksicht angesehen werden müsse.

[In der Affaire Casselmann] wird jetzt auch für die Komik gesorgt. Der intransigente pariser „Citoyen“ erhält nämlich folgende Zuschrift aus Brüssel:

Bürger Redakteur! Die reaktionären französischen Blätter haben eine Schmähnote gegen meinen Freund Wilhelm Casselmann, sozia-

### New-Yorker Briefe.

New-York, in den Hundstagen.

Endlich!

Wie ein Alp fällt es von der Brust der Bewohner der Metropole, die bei dem heißen Juni-Wetter am liebsten schon aus den Backofenhitze ausströmenden Häusergevierten geflohen wären; endlich ist der große nationale Feiertag der Unabhängigkeitserklärung, der 4. (diesmal 5.) Juli vorüber. Nichts hält die Sommerfrischler jetzt mehr zurück und schaarweise verlassen sie die Millionenstadt.

Der schreckliche 4. ist gnädig vorübergegangen, von den 33 Schadenfeuern des Tages hat keines größeren Umfang angenommen und an die Duzende von Fällen zu Krüppel geschossener Menschen und verbrannter Gliedmaßen gewöhnt man sich im freien Amerika sehr schnell.

Ich hatte mir vorgenommen, Sie heute an den Meeresstrand zu führen in der Hoffnung, daß mir die todte Saison das Ueberfiedeln dahin schon gestattet hätte, doch noch sitze ich im Zimmer bei 27° Reaum., während draußen noch 2° mehr sind und das Quecksilber in der Sonne sich bis auf 50° Reaum. verheißt; von Mangel an Neuigkeiten kann ich noch Nichts entdecken.

Das Weltblatt, der „N.-Y. Herald“, schrieb am Dienstag nach Pfingsten an hervorragender Stelle: „Gestern feierten die Deutschen ihren Pfingstmontag in den verschiedenen Sommergärten. Wenn Jemand geboren würde, der den Amerikanern es lehrte ihre wenigen Feiertage so zu feiern, wie die Deutschen dies gestern thaten, so würde er damit der Nation einen größeren Dienst erweisen, als durch irgend etwas Anderes möglich wäre, das amerikanische Volk würde dabei glücklicher und besser werden.“

Dieser Ausspruch an editorielle Stelle des Blattes, auf welches Dreiviertel der Amerikaner blind schwört, fiel mir in den Tagen vom 3. bis 5. d. Mts. wieder ein.

Der 4. Juli war ein Sonntag — ergo mußte die offizielle Feier auf den 5. verschoben werden. Welch' ein reiches Feld für die Masse der Bummler! Wenn ich sage „offizielle“ Feier, so ist dieser Ausdruck kaum zutreffend, da die einzige Feier der Behörden in dieser Stadt darin besteht, daß sie eben von der Arbeit ausruhen, es giebt keine offiziellen Reden, Paraden, Festlichkeiten. Eine Milizbatterie schießt früh die Sonne an, die alten Veteranen ziehen die „Stars and Strips“ an der Battery und auf dem alten Fort im Zentral-Park auf und brennen Abends mit besonderer Erlaubniß ein Feuerwerk an dem Denkmal des im mexikanischen Kriege gefallenen Generals Worth ab.

Das Abbrennen von Feuerwerkskörpern so wie das Schießen mit Pistolen ist nämlich am 4. Juli in New-York verboten und der betreffende Erlaß wurde denn auch am 3. den sämtlichen Mitgliedern der „besten Polizei der Welt“ ins Gedächtniß zu-

rückgerufen. Die erste Folge davon war, daß am Abend dieses Tages zur Vorfeier in der nächsten Nähe des Polizeihauptquartiers ein solcher Hölleunfug mit Schießen, Kanonenschlägen und anderen Feuerwerkskörpern gemacht wurde, daß das Passiren der Straße wirklich mit Lebensgefahr verbunden war. Die zahlreich versammelte Reservemannschaft hat denn auch — Niemand — verhaftet! Doch, das war nur das Vorspiel: am Sonntag ging das Gefnatter von früh bis in die Nacht und am Montag, dem eigentlichen Festtage, vermochte selbst ein sehr starker Regen, der von 4 bis 8 Uhr Nachmittags anhielt, den Unfug nicht zu hemmen, der nach Aufhören des schlechten Wetters in erneuter toller Art losbrach. Raketen, Schwärmer, Kanonenschläge, Torpedos, Frösche u. s. w. u. s. w., das zischte und knatterte in Einem fort, dazu das Schießen mit Pistolen vom kleinsten bis größten Kaliber; „Jung Amerika“ war groß, dem ruhigen Bürger aber wurde warm und nervöse Personen hatten für ein paar Tage genug. Die Polizei blieb wie immer: die beste! d. h. sie ließ 5 gerade sein.

So gestaltete sich die Feier des größten Festtages der Nation allhier!

Ist die Polizei aber gut, so sind andere Zweige der öffentlichen Behörden noch besser, und der Leichtsin, mit dem gänzlich unfähigen Personen das Leben von Hunderten ihrer Mitmenschen anvertraut wird, ist — Gott sei Dank — in jedem zivilisirten Staate Europas eine Unmöglichkeit. In Zeit von drei Wochen verzeichnen wir vier Flußdampferkatastrophen, und wenn bei zweien derselben kein Mensch ums Leben kam, so ist dies in einem Falle nur dem Umstande zu danken, daß keine Passagiere an Bord waren, im anderen der schnellen Hülfe eines vorbeidampfenden Fährbootes, welches die 300 Kinder, die sich auf einer Vergnügungsfahrt begriffen auf dem Schiffe befanden, schnell aufnahm und sicher landete.

Die beiden anderen Fälle sind leider nicht so gut abgelaufen: über 150 Personen sind in den Wellen umgekommen.

Bei klarem Wetter kollidirten Anfang Juni die zwei den Verkehr zwischen hier und Boston vermittelnden Dampfer der Stonington-Linie „Naragansett“ und „Stonington“. Ersterer fing Feuer und ging in kurzer Zeit unter. Von den Passagieren, — die Angaben schwanken zwischen 300 und 600, — sind über 100 umgekommen. Die größte Schuld daran trifft den Kapitän und die Mannschaft. Ersterer hatte völlig den Kopf verloren und die Mannschaft verstand nicht einmal die Rettungsboote, in denen außerdem die Zapfen fehlten, ins Wasser hinauszulassen, viel weniger ein Ruder zu führen. Und weder vom „Stonington“ noch von all den anderen in Schweite befindlichen Dampfern wurde schnelle und wirksame Hülfe geleistet. Wenn auch mehrere hundert Rettungsgürtel an Bord waren, so ist es ja eine alte Geschichte, daß in der Gefahr die meisten Menschen wie kopflos umherlaufen und durch ein verkehrtes Anlegen des Rettungs-instrumentes noch ihren Untergang beschleunigen.

Der zweite Unfall betraf den Dampfer „Seawanaha“,

welcher auf einer seiner gewöhnlichen Tagfahrten den Sund hinauf, Nachmittags um 4 Uhr, angehts der Stadt New-York Feuer fing. Dieselben Szenen wie auf dem „Naragansett“ ereigneten sich auch hier: die Rettungsapparate nicht in Ordnung, kein Mann an Bord, der etwas von der Führung eines Bootes verstanden hätte. Passagierlisten führen diese Schiffe nicht, genau wird also die Zahl der Umgekommenen wohl nie festgestellt werden, bis jetzt sind 28 Personen aufgefischt.

Dazu kommt nun die nicht sehr ermutigende Nachricht von dem Auftauchen der gefürchteten Hyäne des Meeres, des Hai-fisches. Am 9. Juli wurde ein Exemplar in nächster Nähe der Küste von den Passagieren eines Vergnügungsschiffes gesehen, es war trotz Schreiens und Lärmes aller Art nicht zu bewegen, den Rückzug anzutreten. Ob es Beute witterte? Für ängstliche Gemüther werden die Seebäder im atlantischen Ocean dadurch unmöglich, hoffentlich war dies aber nur ein versprengter Krieger und wenn er nach Hause kommt, kann er nur von der schrecklichen Armuth der Gegend berichten, in welche er sich verirrt hatte.

Jedes Dampfschiff soll jährlich geprüft werden in Bezug auf Seetüchtigkeit und Feuerungsanlagen, sowie auf die Anzahl der zu befördernden Passagiere, und über den Befund soll ein an leicht erreichbarer Stelle aufgehängtes Zertifikat Bericht geben. Die Zahl der Fahrzeuge, bei denen die Frist abgelaufen ist, beträgt augenblicklich zehn. Von einem Einstellen der Fahrten ist aber gar keine Rede, vielmehr wird die Zahl der erlaubten Passagiere sehr häufig um das Doppelte überstiegen. Die Besizer dieser Dampfer sind alle reiche Leute und prominente Politiker, sie dürfen sich deshalb eine Verletzung der Gesetze ruhig erlauben, ohne deshalb in große Strafe zu verfallen.

Eine gefährliche Klippe, das „Diamond reef“, das seinen Namen von einem Dampfer, der dort vor zwei Dezemien strandete, hat, ist in den letzten Tagen verschwunden. Nach jahrelanger Arbeit und mit einem Kostenaufwande von 1 1/4 Millionen Mark ist der Felsen endlich gesprengt und eine Tiefe von 26 Fuß unter dem niedrigsten Wasserstand erreicht und damit auch den großen Dzeandampfern eine gute neue Fahrstraße in der durch die Gleichgiltigkeit der betreffenden Behörde mit Unrath fast vollgeschütteten Bay geschaffen.

Die Zensusaufnahme in den Vereinigten Staaten ist beendet; noch liegt ein Gesamtergebnis nicht vor, da die Berichte von den weiten Strecken des platten Landes fehlen.

Die Bevölkerung in den Städten hat sich ganz bedeutend vermehrt. Sieht man von der Minenstadt Denver in Colorado ab, wo seit dem letzten Zensus 1870 eine Zunahme von 614 pCt. stattgefunden, von 4700 auf 34,000, so beträgt die Zunahme in 60 Städten mit heute rund 7,500,000 Ew. = 35 pCt. Newyork figurirt mit 1,209,500, Philadelphia mit 842,000, Brooklyn mit 554,700, Chicago mit 502,000. Dann folgen St. Louis mit 375,000, Boston 352,000, Baltimore 330,000, Cincinnati 246,000, Pittsburgh und Alleghany 232,355 (das











